

17.09.2021

## Synopse der Antworten der Parteien zu den Wahlprüfsteinen der DGSM

Die DGSM hat an die Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne, AfD, FDP, Linke, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler und Volt Fragen zur zukünftigen Politik nach der Bundestagswahl am 26.9.2021 gestellt. Die acht Fragen der DGSM umfassen besonders aktuelle und relevante Bereiche der sozialen Medizin und Prävention. Bis zum 13.9.2021 haben sechs Parteien (SPD, Grüne, FDP, Linke, Grüne, Freie Wähler) auf die Wahlprüfsteine der DGSM geantwortet. Die nachfolgende Synopse gibt einen Überblick über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der sechs Parteien zu den verschiedenen Bereichen.

Bei der ersten Frage nach **geplanten Maßnahmen gegen die gemeinsamen Treiber von Krankheiten und Umweltkatastrophen** planen Grüne, Linke und Volt, umwelt- und gesundheitsschädliche bzw. klimaschädliche Subventionen abzubauen, die SPD zielt auf eine umweltschonende Agrarförderung. Die Freien Wähler planen, Steuergelder nicht für „Ressourcenverschwendung und Klimaschädigung einsetzen“ und fordern die Abschaffung von Begünstigungen, die dem Klimaschutz widersprechen, als Beispiel wird, wie auch bei Volt, die Befreiung des Flugverkehrs von der Kerosinsteuer genannt. Die FDP setzt „auf regionale, nationale und internationale transdisziplinäre Zusammenarbeit“ und Forschung, in der Human-, Tier- und Umweltmedizin. Die Grünen thematisieren explizit das Tierwohl. SPD und Linke geben eine Mobilitätsgarantie, die Freien Wähler rücken insbesondere den ländlichen Raum in den Fokus und Volt möchte die „Attraktivität des Individualverkehrs“ verringern. Linke, SPD und Volt wollen dabei den Öffentlichen Nahverkehr fördern und Freie Wähler, SPD und Volt auch den Rad- bzw. Fußverkehr. Die Grünen planen, ein Förderprogramm für Grünflächen und Wasser in den Städten aufzulegen und auch die SPD möchte mehr Grünflächen anlegen.

Auf die zweite Frage nach den **Vorhaben zur Verringerung der sozialen und gesundheitlichen Ungleichheit** sind die Parteien unterschiedlich ausführlich und konkret eingegangen. Grüne, Linke und SPD thematisieren ausdrücklich gesundheitliche Ungleichheit bzw. gesundheitliche Chancengleichheit. Linke, SPD wie auch Volt nennen hier zum einen Arbeitsmarkt-, Steuer- und Rentenpolitik mit Maßnahmen wie beispielsweise Ausbau der Tarifbindung (SPD, Volt), Erhöhung des Mindestlohns (SPD), Mindestrente (Linke) oder die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf Einkommen (Linke, Volt). Zum anderen nennen Grüne, Linke und SPD konkrete gesundheitspolitische Maßnahmen. Grüne und Linke nennen auch Maßnahmen aus dem „Health in All

Policies“-Ansatz wie die Einführung eines Gesundheits-Checks für relevante politische Entscheidungen (Grüne) bzw. die Prüfung jeder gesetzlichen Initiative auf ihre Auswirkungen auf gesundheitliche Ungleichheit (Linke) durch eine unabhängige Stelle. Die SPD nennt die Einführung einer Bürgerversicherung und einer solidarischen Pflegevollversicherung. Die FDP konzentriert sich auf die bessere Gestaltung der finanziellen Stabilität des Sozialversicherungssystems, und die Freien Wähler fokussieren auf die Förderung des ländlichen Raums durch hausarztorientierte, innovative Versorgungskonzepte und wohnortnahe Krankenhäuser. Volt setzt zum einen auf Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik, einen breit geförderten Vermögensaufbau für geringe und mittlere Einkommen sowie die leichte Anhebung des Spitzensteuersatzes auf Einkommen und zum anderen auf einen ganzheitlichen Ansatz mit Aufklärung und Vorsorge, der Verhalten und Verhältnisse umfasst. Die Grünen möchten zur Stärkung des „Public Health“-Ansatzes ein Bundesinstitut für Gesundheit schaffen.

Als Drittes wurde nach **Maßnahmen zur Erhöhung der gesunden Lebenszeit** gefragt. Hier setzen alle antwortenden Parteien explizit oder implizit auf Prävention. Die Parteien nennen vor allem die Bereiche Ernährung und Alkohol- und Tabakkonsum. Freie Wähler, Linke, SPD und Volt wollen verhältnispräventive Maßnahmen zur Unterstützung einer gesünderen Ernährung, wie die Kennzeichnungen und Deklarationen von Nahrungsmitteln (Freie Wähler, Volt), eine Zuckersteuer (Volt) oder die Aufgabe der Industrie, den „Anteil von Zucker, Salz und Transfetten zu reduzieren“ (Freie Wähler). Grüne, Linke und SPD setzen dabei zusätzlich auf verhältnispräventive Maßnahme aus anderen Politikfeldern: Dafür verfolgen die Grünen den Ansatz, Gesundheit als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen zu sehen. Die Linke benennt Arbeitsschutz und Arbeitsplatzgestaltung sowie Wohnraum- und Städteplanung. Die SPD verweist hier auf die Wirkung ihres Kindergrundsicherungsprogramms und ihrer Mobilitätsgarantie und möchte ferner die Förderung eines gesunden Lebensstils in das Bundesprogramm „Gemeindehaus 2.0“ integrieren. Linke und Volt fordern verhältnispräventive Maßnahme hinsichtlich des Tabak- und Alkoholkonsums: Volt konkretisiert hier ein komplettes Werbeverbot und die Erhöhung von Tabak- und Alkoholsteuer. Grüne und Volt verweisen des Weiteren auf die Notwendigkeit der (Präventions-)Forschung; dazu sehen die Grünen es als bedeutsam an, gemeinsame Gesundheitsziele zu formulieren und die Gesundheitsberichterstattung auszubauen. Die Freien Wähler planen eine flächendeckende Ernährungsberatung. Die FDP setzt auf die Vermittlung durch Informationen eines gesunden Lebensstils. Darüber hinaus setzt die Linke einen Fokus auf die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung, u.a. durch Förderung der Barrierefreiheit. Volt hebt die Entwicklung einer ausreichenden Gesundheitskompetenz hervor.

Die vierte Frage erkundigte sich nach den **Schwerpunkten in der Modernisierung des ÖGD und Plänen zur nachhaltigen Gestaltung und finanziellen Ausstattung des Pakts für den ÖGD nach 2025**. Alle sechs Parteien befürworten ausdrücklich die Stärkung des ÖGD; FDP und Volt benennen extra, dass dies über 2025 hinausgehen muss, die Grünen sprechen von einer langfristigen Förderung. Fast durchgehend verweisen die

Parteien auf eine notwendige bessere personelle Ausstattung (FDP, Freie Wähler, SPD) oder eine bessere Bezahlung der Beschäftigten (Linke) im ÖGD hin, die auch von Bund (Linke) oder von Bund und Ländern (Grüne) finanziell unterstützt werden sollte. Die Grünen beabsichtigen, ein Prozent der Gesundheitsausgaben für den ÖGD-Ausbau bereitzustellen. Neben personellen Ressourcen benennen FDP, SPD und Volt gezielt die Förderung der Digitalisierung des ÖGD. Des Weiteren fordert die Linke bessere Kommunikationsstrukturen und eine Diskussion über mehr Bundeseinheitlichkeit im Agieren des ÖGD. Die Freien Wähler möchten den Katastrophenschutz sowie dezentrale Versorgungs- und Lagerstrukturen für systemrelevante Artikel zusätzlich flächendeckend ausbauen. Die FDP würde das Robert Koch-Institut im Bereich Public Health stärken und unabhängiger gestalten.

Die fünfte Frage geht der **Förderung für den „Public Health“-Bereich** nach und führt als Beispiel das (ungeförderte) Kompetenznetz Public Health zu Covid-19 an. Alle Parteien außer Volt, die sich hierzu als „junge“ Partei noch nicht auskunftsfähig sieht, äußerten sich hierzu. Eine Förderung von Public Health bzw. „Public Health“-Netzwerken konstatieren Freie Wähler, Grüne und Linke (letztere verweisen hierzu auch auf Bundesmittel). FDP und SPD formulieren eine Unterstützung von Forschungsförderung zu Covid-19, wobei die FDP den Aufbau von Forschungsnetzwerken zu Covid-19 nennt. Die Linke sieht Public Health für die Forschung zu Covid-19 prädestiniert.

Die sechste Frage lautete: „Was planen Sie, um **Sozial-, Arbeits- und Umweltmedizin sowie Prävention und Gesundheitsförderung in Lehre und Forschung** zu stärken, damit sie die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben unterstützen, den Wandel der Arbeit gesundheitsgerecht gestalten und dem Klimawandel entgegenwirken? Die Antworten sind bezüglich Lehre und Forschung getrennt zusammengefasst. Die Förderung der **Lehre** von Sozial-, Arbeits- und Umweltmedizin sowie der Prävention und Gesundheitsförderung wird von Volt ausdrücklich unterstützt. Die SPD setzt dafür auf Finanzierungsanreize und auf die Verstetigung rechtlicher Kooperationen mit der Gesundheitswirtschaft und der Praxis. Die Linke möchte die Bemühungen der Länder bzw. Ärztekammern bei entsprechenden Lehrinhalten in der Fort- und Weiterbildung unterstützen und fordert entsprechende Lehrinhalte in den Ausbildungscurricula. Die FDP setzt auf ein praxisnahes und wissenschaftlich fundiertes Medizinstudium mit dem Fokus Patientenversorgung. Für die Förderung der **Forschung** in Sozial-, Arbeits- und Umweltmedizin und zur Prävention und Gesundheitsförderung setzen die Freien Wähler auf eine finanzielle Stärkung der Grundlagenforschung zur Gesundheitsförderung. Die Grünen planen das Auflegen eines Infrastrukturprogramms u.a. mit nationalen Gesundheitsforschungszentren, neben klinischer Forschung sollen auch umfangreiche Forschungsinitiativen für den Klimaschutz umgesetzt werden. Die SPD setzt wie in der Lehre auf Finanzierungsanreize und auf die Verstetigung rechtlicher Kooperationen mit der Gesundheitswirtschaft und der Praxis mit dem Fokus patientenzentrierte Forschung. Volt möchte Sozial-, Arbeits- und

Umweltmedizin sowie Prävention und Gesundheitsförderung stark in der Forschung verankern. Die Freien Wähler möchten überdies die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hierzu weiter stärken.

Im siebten Bereich wurde nach **geplanten Maßnahmen zum Ansatz „Health-in-All-Policies“** gefragt. Die Parteien setzen sich für eine Umsetzung des „Health in All Policies“-Ansatzes ein. Grüne und Linke fordern, hierfür die Anwendung von gesundheitlichen Folgenabschätzungen („Health Impact Assessment“) zu etablieren. Die Grünen möchten den „Health in All Policies“-Ansatz durch die Gründung eines Bundesinstituts für Gesundheit fördern, die Linken durch den Einsatz eines unabhängigen Beirats, der alle bundespolitischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit und insbesondere auf gesundheitliche Ungleichheit prüft. Die FDP plant das Konzept „Health in All Policies“ zu stärken und einen neuen Nationalen Sicherheitsrat einzurichten – zugleich sollen die Weltgesundheitsorganisation und Gesundheitssysteme weltweit gestärkt werden. Sie möchte einen intersektoralen Ansatz im Sinne von „One Health“ verfolgen, verbunden mit einem wirtschaftlichen Anreizsystem für ein nachhaltiges „One Health Unternehmertum“. Die SPD möchte „nicht ausschließen“, dass es zur Förderung von „Health in All Policies“ einen Beauftragten geben könnte. Volt hebt die Bedeutung des „Health in All Policies“-Ansatzes für Klimaschutzmaßnahmen hervor und benennt verschiedene konkrete verhältnisorientierte Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung. Konkrete eher verhaltensorientierte Maßnahmen benennen die Freien Wähler, um die Prävention „im Rahmen der Salutogenese“ zu stärken. Dafür seien eine intersektorale Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure und der Einbezug aller Politikfelder notwendig.

Im achten und letzten Punkt der Wahlprüfsteine der DGSMP geht es um **Nutzung von UN-Programmen** (z.B. UN-Nachhaltigkeitsziele) **und EU-Politiken** (z.B. Europäisches Semester, Säule sozialer Rechte und Gesundheitsunion), **um mehr Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit zu erreichen**. Alle sechs antwortenden Parteien bekennen sich in ihren Antworten zur Unterstützung verschiedener UN-/WHO-Programme bzw. EU-Politiken, benennen aber unterschiedliche Schwerpunkte. Die größte Übereinstimmung in den Antworten der Parteien findet sich in der beabsichtigten Stärkung der Weltgesundheitsorganisation (FDP, Grüne, Linke, SPD) und der Förderung globaler Gesundheitspolitik (FDP, Freie Wähler, Grüne, Linke, SPD) oder europäischer Gesundheitspolitik bzw. europäischer Gesundheitsbehörden (insbesondere Volt, des Weiteren FDP, Grüne, SPD). Eine europäische Gesundheitsunion unterstützen SPD und Volt. Die Grünen schreiben dem von ihnen vorgeschlagenen Bundesinstitut für Gesundheit auch eine wichtige internationale Rolle zu. Die SPD fordert, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens einzuhalten. Die Freien Wähler fokussieren in diesem Kontext auf die Verankerung des Leitfadens für nachhaltige Entwicklung der Weltgesundheitsorganisation, um „Health in All Policies“ umzusetzen.